

Sitzung des ZV in Zürich

Die selben Rechte auch für die jugoslawischen ArbeitnehmerInnen

Vorgängig zur Landesdelegiertenversammlung tagte am Freitag, 24. November, der Zentralvorstand zu seiner Monatsversammlung. Ein Grossteil der Geschäfte wurde zuhanden der LDV verabschiedet. Nach Diskussionen stimmte der ZV der Lancierung einer Petition zur Aufnahme von Verhandlungen zwischen der Schweiz und Jugoslawien zu, wonach die ImmigrantInnen die selben Rechte wie die Angehörigen anderer Nationen erhalten sollen. Zwischenstaatliche Abkommen u.a. mit Italien und Spanien haben zu besseren Aufenthalts- und Arbeitsbedingungen geführt.

Es waren etwas gelichtete Reihen an der Sitzung anzutreffen: mancano i Ticinesi! Die Tessiner Kollegen blieben aus Protest fern, weil die Beantwortung ihres finanziellen Gesuchs für gewerkschaftsinterne Reorganisationen vertagt wurde.

Roland Roost zeigte sich sichtlich befremdet von diesem Boykott, sei doch gesagt worden, dass Entscheide mit finanziellen Konsequenzen erst nach Gewährung der Beitragserhöhung durch die LDV gewährt werden können. Vasco Pedrina hingegen fand eher erklärende und schlichtende Worte für das Fernbleiben der Tessiner.

Ecole FOBB, GBH-Schule: erste Diplome verliehen

Es war ein grosser Augenblick für die ersten Absolventen der Ecole FOBB, ihr Diplom und die Glückwünsche des ZV in Empfang nehmen zu dürfen. Während acht Monaten haben sie nicht nur die gewerkschaftliche Schulbank gedrückt, sondern sich in den Sektionen auch Basiswissen angeeignet, das sie fortan befähigen wird, ihre Aufgabe als Funktionäre innerhalb der GBH/FOBB wahrzunehmen. Roland Roost wünschte ihnen bei ihrer zukünftigen Arbeit viel Mut und Durchhaltewillen. Der schriftliche Bericht über die erste Erfahrung der internen Gewerkschaftsschule von Ausbilder Jacques Rey wird an der nächsten ZV-Sitzung verabschiedet werden.

Dokumentierte Geschichte

In 19 Bänden wurde vor einigen Jahren die GBH-Geschichte von 1838 bis 1974 aufgearbeitet. Eine Drucklegung dieses Monumentalwerks käme viel zu teuer. Da jedoch die Originalmanuskripte in dreifacher Ausfertigung einen einmaligen Fundus auch für die zukünftigen Generationen unserer Gewerkschaft sowie für die Geschichtswissenschaft darstellen, hat die Geschäftsleitung sich entschlossen, je 1 Exemplar dem SGB und dem Sozialarchiv zur getreuen Verwahrung zu übergeben. 1 Exemplar bleibt in der Zentrale, orientierte R. Roost.

1990: ein entscheidendes Jahr in der Ausländerpolitik

Die jugoslawische Abteilung mit Marijan Gruden legte einen Antrag zur Lancierung einer Petition für die Gleichberechtigung der jugoslawischen ArbeitnehmerInnen vor. Es ist das Ziel dieser Bittschrift, für die JugoslawInnen in der Schweiz durch ein zwischenstaatliches Abkommen die selben Rechte zu erwirken, wie sie bereits für die Italiener und Spanier gelten. Diese Regierungen haben mit der Schweiz solche Vereinbarungen getroffen, mit der die Umwandlung der Aufenthaltsbedingungen, der Familiennachzug, die Niederlassung u.a. geregelt werden. Mit Jugoslawien existiert lediglich ein Abkommen über Sozialversicherungen. Angesichts der 110'000 in der Schweiz lebenden und arbeitenden JugoslawInnen ist ein solches Begehren mehr als nur gerechtfertigt.

Nach kurzer Diskussion und einem mündlichen Vorbehalt aus der Region V (Zürich) infolge Arbeitsüberlastung der Sektionen, wurde der Antrag einstimmig angenommen. Öffentlichkeitsarbeit wird nicht nur in der Schweiz, sondern auch in Jugoslawien betrieben, während die Unterschriften von jugoslawischen ArbeitnehmerInnen hauptsächlich an den Grenzstellen bei Wiedereinreise im Frühjahr gesammelt werden.

GBH-Zeitung, 8.12.1989.

GBH > Zentralvorstand. Emigranten. GBH-Zeitung, 1989-12-08